

Niederschrift

Gremium	Sitzung - GESO/048(V)/13			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Gesundheits- und Sozialausschuss	Mittwoch, 16.10.2013	Altes Rathaus, Franckesaal	17:00Uhr	19:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften vom 26.06.2013 und 28.08.2013
- 4 Bürgersprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Haushaltsplan 2014
- Haushaltssatzung 2014
- Ergebnis- und Finanzplan 2014
- mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2014 - 2017
- Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne 2014
- Stellenplan 2014
BE: FB 02

DS0108/13

- 5.2 DS 0261/13 - Einleitung Satzungsverfahren vorhabenbezogener
Bebauungsplan Nr. 313-2.1 "Spielhagenstr. 14"
- im Rahmen des Selbstbefassungsrechts nach Abstimmung in der
Sitzung am 28.08.2013 -
- 6 Informationen
- 6.1 Berichterstattung des Zentralen Informationsbüros Pflege/
Beratungsstelle für Probleme in der Altenpflege 2012
BE: Amt 50 I0201/13
- 6.2 Stadtteilreport 2013
BE: V/02 I0187/13
- 7 Berichterstattung aus dem Arbeitskreis "Seniorenfragen und
Altenplanung"
BE: Stadtrat Ansorge
- 8 Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

Nichtöffentliche Sitzung

- 9 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Ansorge, Jens

Mitglieder des Gremiums

Hofmann, Andrea

Tybora, Jacqueline

Reppin, Bernd

Boeck, Hugo

Zimmer, Monika

Giefers, Thorsten

Sachkundige Einwohner/innen

Bühnemann, Bärbel

Hildebrand, Jürgen Dr.

Poppe, Andreas

Geschäftsführung

Uniewski, Kathleen

Mitglieder des Gremiums

Heller, Werner

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Stadtrat Ansorge, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die Einladung erfolgt form- und fristgerecht. 6 Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend. Der Ausschuss ist beschlussfähig.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form bestätigt.

Abstimmung: 6-0-0

3. Genehmigung der Niederschriften vom 26.06.2013 und 28.08.2013

Die Niederschrift vom 26.06.2013 wird ohne Hinweise und Anmerkungen genehmigt.

Abstimmung: 5-0-1

Stadträtin Hofmann nimmt an der Ausschusssitzung teil. 7 Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.

Die Niederschrift vom 28.08.2013 wird ohne Hinweise und Anmerkungen genehmigt.

Abstimmung: 5-0-2

4. Bürgersprechstunde

Da keine Bürger anwesend sind, findet keine Bürgersprechstunde statt.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Haushaltsplan 2014

DS0108/13

- Haushaltssatzung 2014
 - Ergebnis- und Finanzplan 2014
 - mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2014 - 2017
 - Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne 2014
 - Stellenplan 2014
-

Die DS wird vom Fachbereich Finanzen eingebracht.

Mit dem Entwurf der Haushaltssatzung 2014 ist es gelungen, einen ausgeglichenen Haushaltsplanentwurf vorzulegen. Dennoch musste die Landeshauptstadt erhebliche Konsolidierungsanstrengungen unternehmen, damit der Haushaltsausgleich erreicht wurde. Eine erfolgreiche Haushaltskonsolidierung sichert die finanzielle Leistungsfähigkeit der Landeshauptstadt. Die kommunalen Aufgaben und Ziele bedeuten mehr denn je eine Herausforderung. Steigende Aufwendung für die Umsetzung des gesetzlichen Ganztagsanspruches auf einen Kita- bzw. Krippenplatz, höhere Aufwendungen bei den Hilfen

zur Erziehung und Kosten der Erziehung sowie durch die Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die notwendigen Investitionen in die Schul- und Kitalandschaft sind die Prioritäten der Gegenwart und Zukunft.

Die sozialen Aufwendungen bedeuten schon ein Drittel des Gesamthaushaltes.

Neben den sozialen und investiven Aufwendungen sind zunehmende Bewirtschaftungskosten und steigende Strompreise für den kommunalen Haushalt belastend und schwer kalkulierbar. 2014 werden viele wichtige Investitionsprojekte wegen mangelnder finanzieller Mittel nicht umgesetzt werden können.

Deckungskreis Soziales - Im DKSOZ ergeben sich Mehrerträge in Höhe von 4.116.600 EUR und Mehraufwendung in Höhe von 84.300 EUR im Vergleich zum Plan 2013. Die Mehrerträge ergeben sich u. a. bei der Grundsicherung im Alten durch die Zuweisungen vom Land. Gleichzeitig kommt es aber zu Mindererträgen in Höhe von 132.000 EUR bei den Erträgen aus Kostenerstattungen vom Bund für KDU, da diese Erträge den Aufwendungen angepasst wurden. Bei den Erträgen aus Kostenerstattungen vom Bund für BuT für Schulsozialarbeit kommt es zu Mindererträgen in Höhe von 820.700 EUR, da diese Förderung 2014 wegfällt. Im Bereich der KdU erfolgte für die Planung 2014 eine Reduzierung der Aufwendungen in Höhe von 500.000 EUR. Von Bedeutung mit finanzieller Auswirkung – aber in der Planung für 2014 vorerst noch nicht enthalten ist die dezentrale Unterbringung der Asylbewerber. Der angemeldete Bedarf von Dez. V. lag 2 Mio über dem derzeitigen Planungsansatz 2014. Sollte es im Haushaltsjahresverlauf zu einem Mehrbedarf kommen, müssen entsprechende Gegenmaßnahmen zur Deckung ergriffen werden.

Stadtrat Ansorge bedankt sich für die Ausführungen. Stadtrat Giefers möchte wissen wie sich die angekündigten Leistungsverträge auf den Haushalt auswirken? Herr Brüning antwortet, dass zurzeit ein Konzept erarbeitet wird, wie ab 2014 mit Leistungsverträgen umzugehen ist. Grundlage werden Stadtratsbeschlüsse sein. Verträge werden dann geschlossen. Die soziale Struktur soll und darf aber nicht „kaputt“ gemacht werden. Leistungsverträge können auch nur dort abgeschlossen werden, wo Bedarf festgestellt wurde oder gesetzliche Vorgaben vorliegen. Stadtrat Ansorge stellt die DS0108/13 zur Abstimmung:

Abstimmung: 2-0-4

Die DS 0108/13 wird empfohlen

- 5.2. DS 0261/13 - Einleitung Satzungsverfahren vorhabenbezogener
Bebauungsplan Nr. 313-2.1 "Spielhagenstr. 14"
- im Rahmen des Selbstbefassungsrechts nach Abstimmung in
der Sitzung am 28.08.2013 -
-

Frau Brieger und Herr Michailjuk möchten kurz ihr Projekt den Ausschussmitgliedern vorstellen. Das Grundstück Spielhagenstr. wurde ursprünglich als Straßenbahndepot genutzt und erstreckt sich von der Großen Diesdorfer Straße bis zur Spielhagenstr. Frau Brieger plant Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz und Wohngemeinschaften für betreutes Wohnen.

6. Informationen

- 6.1. Berichterstattung des Zentralen Informationsbüros Pflege/ I0201/13
Beratungsstelle für Probleme in der Altenpflege 2012
-

Herr Lehwald bringt die Information für das Sozial- und Wohnungsamt ein. Aufgrund des Beschlusses des Stadtrates ist jährlich über die Arbeit der städtischen Beratungsstelle zu berichten.

In Sachsen-Anhalt haben sich lange vor der flächendeckenden Einführung der Vernetzten Pflegeberatung in den Kommunen und Kreisen Beratungsstellen etabliert. Diese sind mehrheitlich Teil des Dienstleistungsangebotes des Sozialhilfeträgers. Wer sich als Betroffener oder Angehöriger mit der oft kurzfristigen Organisation von Pflege auseinandersetzen muss, sieht sich mit einer Fülle von Begrifflichkeiten und Fragen zu Leistungsansprüchen einerseits und mit einer Vielzahl von Dienstleistungsangeboten andererseits ausgesetzt. Der Gesetzgeber sieht hierfür die Einrichtung von Pflegestützpunkten zur unabhängigen, trägerneutralen Beratung vor. Ausgehend von 6.725 Pflegebedürftigen ergibt sich für Magdeburg eine Pflegequote von ca. 2,89 %. Das bedeutet jeder 35. Einwohner war zum 31.1.2.2011 pflegebedürftig. Ambulant versorgt wurden 1.315 Menschen. 2.568 Betroffene erhielten ausschließlich Pflegegeld. In 2.792 Fällen hat die Pflege stationär stattgefunden. Bis 2030 wird ein Anstieg der Heimquote in Magdeburg auf 45,9% vorausgesagt. Die Stadt steht im Bereich Pflege vor großen Herausforderungen. Der Anteil der Angehörigenpflege wird auf 32,3 % sinken. Der Anteil ambulant versorgter Menschen steigt. Auf 45,9%. Ein Mangel an Pflege- und Fachkräften ist nach einer Prognose der Bertelsmann-Stiftung keinesfalls abwendbar. Stadtrat Ansorge bedankt sich bei Herrn Lehwald für seine Informationen, teilt aber seine Aussage zum Fachkräftemangel nicht. Stadtrat Ansorge sieht eher die Anforderungen an die Ausbildung problematisch. Die Bezahlung muss stimmen und die Anerkennung in der Gesellschaft fehlt. Die Versorgungsstrukturen in der Stadt müssen überdacht werden.

6.2. Stadtteilreport 2013

I0187/13

Herr Dr. Gottschalk bringt die Information ein.

Soziale Differenzierungsprozesse nehmen deutschlandweit innerhalb der Kommunen zu. Aufgrund dessen steht Kommunalpolitik hinsichtlich der allgemeinen Zielsetzungen, soziale Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich sicherzustellen, vor dem Problem, dass Lebenslagen sich stadtteilbezogen also teilträumlich stärker polarisieren. Der Stadtteilreport erfasst unter sozialpolitischen Aspekten systematisch die Ausprägung und Entwicklung der Stadtteile untereinander und ermöglicht im Rahmen eines kommunalen Sozialmonitorings Hinweise für städtische Planungen.

Der Stadtteilreport 2010 hat dazu geführt, dass der Stadtrat Beschlüsse gefasst und die Verwaltung Maßnahmen eingeleitet hat, mit denen auf die Ergebnisse der Analyse reagiert wurde. Der Stadtrat und seinen Ausschüsse sollen zukünftig im Rahmen des Sozialmonitorings über Entwicklungen in den Stadtteilen in einem zweijährigen Berichtsrhythmus informiert werden. Die I0187/13 wird zur Kenntnis genommen.

7. Berichterstattung aus dem Arbeitskreis "Seniorenfragen und Altenplanung"

Stadtrat Ansorge berichtet aus dem Arbeitskreis. Schwerpunktthema war die Evaluierung der ASZ. Weiterhin berichtet er vom Pflegefachtag am 18.09.2013 im Alten Rathaus, der einen außerordentlich großen Zuspruch fand. Eine Information zum Pflegefachtag wird grade vorbereitet.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge
Vorsitzender

Kathleen Uniewski
Schriftführerin

